Freitag, 3. August 1923. **Einzelnummer 750 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 173

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 17500.—
in den Ausgabestellen 18000.—
durch Zeitungsboten 18500.—
am Postamt ..... 17500.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 22500 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 600.— M. Reklameteil 2500.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 600.— p. M., Reklameteil 2500.— p. M., in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Noch kein Programm.

Seitdem die Rechte im Verein mit Piast zur Regierung gekommen ist, beginnt man sich in ihren Kreisen von neuem mit dem Problem der nationalen Minderheiten Polens zu beschäftigen. Der Ministerpräsident Witos äußerte sich in mehreren Kundgebungen über diese Frage und erklärte einem lettischen Berichterstatter rundweg, daß die nationalen Minderheiten ein zu staatlichem Ausbau nicht geeignetes Element seien. In dieser Feststellung liegt freilich noch kein Programm, keine Anweisung, wie man sich gegenüber diesen Minderheiten, die doch nun einmal auf keine Weise aus dem polnischen Staatskörper entfernt werden können, abfinden soll.

Über diese Programmfrage beginnt man nicht nur auf der Seite der Linken, sondern auch auf der Rechten mehr und mehr nachzudenken. Weiter, als bis zu der Erkenntnis, daß hier ein Problem vorliegt, das im Interesse Polens unbedingt gelöst werden muß, ist man freilich noch nicht gekommen. Die „Gazeta Warszawska" gibt in dem Leitartikel ihrer Nummer 207 vom 31. Juli einen Überblick über einige der neuesten Pressestimmen, die diese Einsicht zum Ausdruck bringen. Der Artikel lautet:

„In drei Blättern verschiedener Richtung zugleich wird die Frage **des polnischen Programms gegenüber den nationalen Minderheiten** berührt.

Der sozialistische Abgeord[n]ete Niedziałkowski entwickelt im „**Robotnik**" seinen Gedank[en] der Verständigung der polnischen Sozialisten mit den Sozialisten der anderen in Polen wohnenden Nationalitäten. Er erklärt in Nr. 204 des Blattes, daß weder die Staatspolitik noch die Politik der einzelnen Parteien ein klares, sorgfältig ausgearbeitetes Programm besitzen, das das Problem des einträchtigen Zusammenlebens der Ukrainer, Weißrussen, Deutschen und Juden mit uns lösen, oder, von einem anderen Standpunkte gesehen, aus ihnen treue Söhne der Republik machen könnte. Niedziałkowski weist in seinem Artikel weiter darauf hin, daß Professor Stanisław Grabski in seinem neuesten Werke (Uwagi o bieżącej historycznej chwili Polski) nur gewisse Seiten der Frage, nicht aber das Problem in vollem Umfange berührt. Die Piasten und die N. P. R.-Leute stoßen sich nach seiner Meinung an den scharfen Kanten der Nationalitätenfrage in Polen, wie einer, der unversehens in ein dunkles Zimmer gestoßen wird, das voller unbekannter Gegenstände ist. Auch auf der Linken sei man noch weit entfernt von einer klaren Einsicht. Viele aufrichtige Demokraten von der Wyzwolenie-Gruppe denken zum Beispiel, daß die polnische Demokratie verpflichtet sei, jede Forderung zu erfüllen, die von einem Minderheitsvertreter gestellt würde.

Der Vorwurf des Herrn Niedziałkowski, daß es in Polen allgemein an einem Programm mangle, ist leicht als falsche Behauptung zu erkennen, die aus Parteigeist entspringt. Jedoch behauptet in Nr. 170 des „**Kurjer Poznański**" auch Herr K. Kierski: „Wir haben bisher kein bestimmtes Programm gegenüber den nationalen Minderheiten. Deshalb ist unsere Staatspolitik in dieser Frage oft schwankend, stets chaotisch und inkoordiniert." Der Verfasser gelangt zu dem Ergebnis: Die Festlegung eines genau bestimmten Programms, das eine harmonische Vereinigung der Staats- und Nationalinteressen mit den Bedürfnissen der fremdsprachigen Minderheiten in Polen bildete, ist eine der dringendsten Aufgaben unserer Innenpolitik. Wenn wir die Artikel zweier so weit von einander entfernt stehenden Verfasser miteinander vergleichen, müssen wir zu der Überzeugung kommen, daß doch der Mangel eines Programms eine reale Erscheinung ist, obwohl natürlich jede Partei in ihrem Programm eine Reihe von Paragraphen hat, die jener Frage gewidmet sind. Es ist kein Wunder: ein politisches Programm ist nur dann deutlich, klar und genau bestimmt, wenn es stets durch eine neue geistige Anstrengung berichtigt, ausgelegt und den Anforderungen des Augenblicks angepaßt wird. Der Augenblick aber ist stets veränderlich, bringt immer neue Momente in das Leben, stellt also auch neue praktische Fragen und verlangt ihre Beantwortung. Kierski wirft gewisse Programmgedanken auf, von denen am wichtigsten der ist, daß man, obwohl alle Vertreter der nationalen Minderheiten (freilich mit Ausnahme der „Chliboroben") einen antistaatlichen Standpunkt einnehmen, doch nicht alle Minderheiten gleichmäßig behandeln könne. Mit den Ruthenen und Weißrussen verbindet uns sehr viel, vor allem das Gefühl der gemeinsamen Abstammung, das Gefühl gemeinsamer Geschichtsüberlieferung, der Einfluß der unter ihnen tief eingewurzelten polnischen Kultur". Die Einigung mit ihnen wäre durchaus möglich, wenn nicht die gegenwärtigen Führer wären, die alle Unstimmigkeiten aus persönlichen Gründen aufbauschen. Als grundsätzlich und unversöhnlich feindlich betrachtet Herr Kierski die Deutschen und Juden. Es ist das eine zu komplizierte und wichtige Frage, als daß wir sie im Vorübergehen entscheiden könnten. Wir bemerken nur, daß Herr Maczewski kürzlich schrieb, daß es Deutsche und Deutsche gibt. Aber schließlich müssen wir auch gegenüber den feindlichen Elementen eine genau bestimmte Politik führen, um so mehr, als wir ihnen gegenüber gewisse Verpflichtungen haben, die im Text unserer Verfassung und in den internationalen Verträgen enthalten sind.

Das dritte Blatt, das die Frage der nationalen Minderheiten angeschnitten hat, ist das Wilnaer „**Słowo**", das Organ der Ortskonservativen. Anlaß dazu, in dieser Frage das Wort zu ergreifen, waren für das Wilnaer Blatt Stimmen über einen Entwurf der Einführung von Nationalitätenkurien in den Ostmarken. Der Verfasser nähert sich dem Standpunkt des Herrn Kierski darin, daß er eine verschiedene Politik bezüglich der verschiedenen Minderheiten verlangt. Zwischen einem Polen und einem Weißrussen, ja sogar einem Litauer gebe es keine ethnographischen Grenzen, und die Einführung von Nationalitätenkurien würde nur den natürlichen Assimilationsprozeß erschweren. Anders sei es mit den Juden. Hier erklärt sich der Verfasser für eine „konsequente Antiassimilationspolitik" mit der Zuerkennung von Rechten auf gesonderte soziale Institutionen, aber mit gleichzeitiger Aussonderung in allgemeinstaatlichen, öffentlichen Institutionen.

Und hier, so endet die „Gazeta Warszawska" ihre Übersicht, bleiben wir bei der Betonung des Leitgedankens des Artikels, der einer erschöpfenden Kritik unterworfen werden muß. Vorerst geht es uns nur darum, darauf hinzuweisen, daß **das Problem der nationalen Minderheiten eine programmatische Revision, neue Erwägung und neue Gedankenanstrengung erfordert.**"

Durch diesen Artikel der „Gazeta Warszawska" bekundet sich aufs deutlichste der politische Wille der polnischen Rechtsparteien, in der Frage der Minderheiten vorwärts zu kommen. Der wichtigste neue Gedanke, der seit einiger Zeit aufgetaucht ist, und sowohl in der Posener, als in der Wilnaer Pressestimme deutlich zum Ausdruck kommt, ist der, daß man den verschiedenen Minderheiten gegenüber nicht eine einheitliche Stellung einnehmen dürfe. Divide et impera! Der Minderheitenblock lastet wie ein schweres Gewicht auf den Chauvinisten, und sie wollen diesen Alpdruck los werden, indem sie einen Keil zwischen die Minderheiten treiben, um ihren Zusammenschluß zu sprengen. Die Bemühungen der verschiedenen Minderheitsführer müssen darauf ausgehen, einem Gelingen dieses strategischen Planes vorzubeugen. Im Grunde besteht aber wenig Aussicht, daß die Polen bei der Fortdauer der gegenwärtigen Praxis die Ruthenen und Weißrussen gewinnen. Die Geschichte bietet viele Beispiele, daß gerade zwischen naheverwandten Volksstämmen die Gegensätze am schärfsten und die Streitigkeiten am verbittertsten sind. Ebensowenig wie es außenpolitisch gelingt, sich mit den Tschechen zu einigen, wird innerpolitisch die Versöhnung mit Ruthenen und Weißrussen zustandekommen, wenn die herrschenden Parteien sich nicht völlig von allen Bestrebungen lossagen, die Minderheiten zu Bürgern zweiter Klasse herabzudrücken. Gerade dies Bestreben aber wird ganz offen in dem angeführten Aufsatz des Wilnaer „Słowo" ausgesprochen.

Das Gesetz über die Vermögensabgabe.

(Von unserem Warschauer Sonderberichterstatter.)

In Kommissionssitzungen, die tatsächlich Tag und Nacht währten, hat die Finanzkommission nun in zweiter Lesung endlich den Gesetzentwurf für die Vermögensabgabe angenommen. Es ist klar, daß diese Steuer, die zur Gesundung der Finanzen Polens dienen soll, ein gewaltiges Opfer fordert, beziffert sich doch der Betrag, der **innerhalb 5 Jahren** von den polnischen Bürgern gefordert wird, auf nicht weniger als **eine Milliarde Goldgulden.** Es war behauptet worden, daß dieser außergewöhnliche Eifer, die Vermögensabgabe noch in dieser Session zustande zu bringen, sich damit erkläre, daß die Rechte mit dem Sturz der jetzigen Regierung rechne, und deshalb noch rasch die Verbesserungen in der Ausführung des Gesetzes anbringen wollte, die ihren Wählern zugute kämen. Vor allem mußten die Bauern und der Großgrundbesitz glimpflich behandelt werden, also überhaupt die Bodenbesitzer. Dann in zweiter Linie alle jenen Kreise, die zu den Anhängern einer Regierung der rechten Parteien zählen könnten.

Nun hat der Abgeordnete **Frostig von der jüdischen Gruppe** einige Erläuterungen zu dem Gesetz gegeben, die in interessanter Weise das Ergebnis der fleißigen Tätigkeit der Finanzkommission in den letzten Tagen aufklärt, ein Ergebnis, das selbstredend unter der Wirkung der aus der Piastpartei und den Rechtsgruppen gebildeten Mehrheit zustande gekommen ist. Die Milliarde, die aus der Vermögensabgabe erzielt werden soll, verteilt sich nämlich folgendermaßen: Die **Bodenbesitzer** haben **500 Millionen** aufzubringen, die **Industriellen und Gewerbetreibenden** der 1. bis 5. Kategorie, sowie die Kaufleute der 1. bis 2. Kategorie **375 Millionen**, die **dritte Kategorie** (Handwerker usw.) **125 Millionen.** Nach diesen Sätzen genießen die Grundbesitzer namhafte Privilegien. Denn wenn die Sätze der einmaligen Abgabe des Gesetzes Michalski von 1921 (Danina) zugrunde gelegt werden, so hätte die erste Gruppe **628 Millionen**, die zweite **308** und die letzte **64 Millionen** zu zahlen.

Die **Grundbesitzer** haben außerdem den Vorteil, daß sie **in Hypothekenbriefen** zahlen können, die auf eine große Anzahl von Jahren ausgestellt sind. Die **Aktiengesellschaften** können mit Prioritätsobligationen zahlen, so daß eigentlich nur für die dritte Gruppe der Termin von 5 Jahren gilt, innerhalb welcher die Vermögensabgabe völlig eingezahlt werden muß. Eine Erleichterung für die **Grundbesitzer** könnte auch darin gefunden werden, daß der Finanzminister selbst die Abschätzungen vorzunehmen hat, so daß bei einer Regierung, wie sie z. B. die heutige ist, in der die Piasten den größten Einfluß haben, die Grundbesitzer zu allerhand Hoffnungen verleitet werden könnten.

Am 2. August erfolgt die dritte Lesung des Gesetzes, am Freitag soll der Gesetzentwurf an den Sejm gelangen.

Es ist noch erwähnenswert, daß eine Bank gegründet werden soll, die die Prioritätsobligationen annimmt. Diese Bank soll später in eine Emissionsbank umgewandelt werden. Zu befürchten ist nur, daß die Eingänge aus der Vermögensabgabe zur Deckung der laufenden Defizite verwandt werden, was naturgemäß den Zwecken der Emissionsbank widerspräche.

Drohender gefährlicher Streik.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

In den Kohlengruben von Krakau und Dąbrowa droht ein schwerer Ausstand. Die Arbeiter verlangen eine Lohnerhöhung von 150 Proz. und eine zweimal im Monat erfolgende neue Feststellung der Löhne nach der offiziellen Teuerungsstatistik. Nach Unterhandlungen gaben sie sich schließlich mit 100 Prozent Erhöhung zufrieden, aber die Grubenleitungen billigen nur 75 Prozent zu. Eine Einigung scheint nur schwer erzielbar zu sein. Die Arbeiter erklären, sie seien **zum allgemeinen Streik entschlossen**, wenn ihre Forderung nicht angenommen werde. Da es sich um einige hunderttausend Arbeiter handelt, wird die Lage als ernst angesehen.

Lohnzulage für die Arbeiter in Kattowitz.

In Kattowitz wurden die Verhandlungen über die Lohnerhöhung, die den Arbeitern in der oberschlesischen Industrie gewährt werden soll, beendet. Das Schiedsgericht hat den Arbeitern in den Gruben eine Zulage von 30 v. H. bewilligt. In den Werkstätten und anderen Industrieunternehmen erhalten die älteren Arbeiter je nach Gruppe und Klasse eine Lohnzulage von 30 bis 36 v. H., die jüngeren eine solche von 21 bis 27 v. H. je nach Alter.

Ausgleichszulage für Staatsbeamte.

Die „Gazeta Warszawska" erfährt, daß die Staatsbeamten im Laufe der nächsten Tage eine Ausgleichszulage für die zweite Hälfte des Juli erhalten sollen. Die Höhe der Zulage und der Tag ihrer Auszahlung sind noch nicht festgesetzt worden.

Sitzung des Sejm 28. Juli.

(Von unserem Warschauer Sonderberichterstatter.)

Das Verfahren gegen Interpellationen. — Die Beschlagnahme der „Volkszeitung" in Bromberg. — Die Christlich-Demokraten gehen zur Linken über. — Unterstellung des Hauptlandamtes unter das Ministerium. — Der Sejm tagt noch nächste Woche.

Regierung und Rechte haben einen neuen Weg eingeschlagen um sich der Interpellationen, die von seiten der Linken eingebracht werden, zu entledigen. Sie hört einfach die Interpellationen schweigend an, die Mitglieder der Regierungsmehrheit ebenfalls; dann werden sie kurzerhand abgelehnt, so die der Weißrussen über die Anordnung des Regierungsdelegierten in Wilna, ein aus dem 14. Jahrhundert stammendes altes orthodoxes Kloster zu Regierungszwecken zu enteignen. Angenommen wurde dagegen eine Interpellation des deutschen Abgeordneten Pankratz über die Beschlagnahmung der „Volkszeitung" in Bromberg, die einen Bericht über die Sitzung des Sejm brachte, in dem die Vorgänge bei den Streiks in Lodz und Czenstochau behandelt wurden. Das Blatt hatte dabei die gleichen auffallenden Titelüberschriften gebraucht, wie sie auch in polnischen sozialistischen Blättern zu finden waren; gesetzlich kann eine Veröffentlichung von Berichten aus den Sejmsitzungen nicht unter Strafe gestellt werden. Aber offenbar sah die polnische Behörde in den Überschriften des deutschen Blattes, im Gegensatz zu denen der polnischen Blätter gleicher Richtung eine Verhetzung. Die Behandlung der Interpellation dürfte kaum mehr in dieser Sitzung erfolgen.

Ein sehr eigenartiger Vorgang spielte sich ab, als über das Gesetz, das die Beamtengehälter und Pensionen festsetzt, in dritter Lesung abgestimmt werden sollte. **Die Christlich-Demokraten erklärten, mit der Linken stimmen zu wollen.** Ihre Partei hat 43 Mitglieder, und ihr Abfall von der Regierungsmehrheit würde naturgemäß das Ende der Piast-Rechtsregierung bedeuten. Es handelt sich aber hier offenbar nur um ein taktisches Manöver. Die Partei hat zahlreiche Arbeiter unter ihren Wählern, die bei den letzten Streiks sich den anderen Arbeitern angeschlossen hatten. Und nun wollte offenbar die Partei zeigen, daß sie sich um diese Wählergruppen bekümmert und in den Gehältersätzen einige Erhöhungen für die unteren Beamtenschichten in letzter Minute durchsetzen. Es haben sofort Verhandlungen mit der Partei begonnen, aber die Annahme des Gesetzes ist heute nicht erfolgt, und die Abstimmung wurde auf morgen vertagt. Jedenfalls aber zeigt auch dieser Vorgang wieder, auf wie unsicheren Füßen die jetzige Regierung steht.

Das Gesetz über die Schaffung des neuen Ministeriums für die Agrarreform wurde in dritter Lesung angenommen. Wie schon gesagt, liegt zunächst seine Hauptbedeutung darin, daß das Hauptlandamt nun dem Ministerium unterstellt sein wird, und der Minister für die Handlungen dieses bisher ungreifbaren und daher in seinen Entscheidungen nicht zu kontrollierenden Amtes verantwortlich gemacht werden kann, was für die zahlreichen deutschstämmigen Gutsbesitzer, die stets die Liquidationsanträge dieses Amtes über ihrem Haupte schweben fühlen, von größter Bedeutung sein wird. Denn sie haben nun die Möglichkeit, sich an eine höhere Instanz, nämlich den Minister, eventuell durch das Eingreifen der Abgeordneten im Sejm, beschwerdeführend wenden zu können.

Weiter wurde in zweiter Lesung das Gesetz über die Gemeindesteuern angenommen. Die Sitzung wurde heute wegen des Vorfalles mit den Christlich-Demokraten früh abgebrochen.

Es ist nun wahrscheinlich geworden, daß die Sitzungen des Sejm sich sogar bis zum Dienstag oder Mittwoch der nächsten Woche hinziehen werden, da erst am Freitag das Gesetz über die Vermögensabgabe zur Beratung kommt, so daß die dritte Lesung dieses Gesetzentwurfes nicht vor Dienstag möglich ist.

Sejmsitzung vom 1. August.

(Von unserem Warschauer Sonderberichterstatter.)

Beratung über die Beamtengehälter. — Rückkehr der Christlich-Demokraten zur Rechten. — Die Nationale Arbeiterpartei stimmt mit der Linken.

In der Sitzung des Sejm vom 1. August wurde in dritter Lesung das Gesetz für die Gehälter der Beamten angenommen. Ebenso das Gesetz für die Pensionierungen. Die Christlich-Demokraten, die gestern gedroht hatten, mit der Linken zu stimmen, sind heute wieder bei der Abstimmung in die Arme der Regierungsmehrheit zurückgekehrt, ohne ihre Absicht, für die unteren Klassen, also einen großen Teil ihrer Wähler, bessere Bedingungen durchsetzen zu können. Das Gesetz begünstigt vor allem die Beamtenkategorien 1, 2 und 3, also den Präsidenten, die Minister, Staatssekretäre usw., welchen eine Zulage von 200 Punkten bewilligt wurde. Die nächsten Klassen 4—16 erhalten sozusagen keine Zulage, dagegen werden die verheirateten unteren Beamten mit Familie wesentlich besser gestellt, da sie 20—25 Prozent Zulage erhalten. Stark vergrößert wurde die Punktzahl der Kategorie 16 (Eisenbahner). Es sei bemerkt, daß die Nationale Arbeiterpartei geschlossen gegen die Regierung und mit der Linken stimmte.

Das in dritter Lesung angenommene Pensionsgesetz für die Beamten setzt fest, daß die Pensionierungsfähigkeit mit dem 55. Lebensjahr eintritt. Nach zehn Dienstjahren hat der zu Pensionierende einen Anspruch auf 40 Prozent seines Gehaltes, mit jedem weiteren Jahr auf weiteren 2,4 Prozent. Vor dem 18. Lebensjahr abgeleistete Dienstjahre zählen nicht.

Die Rede des Finanzministers.

Finanzminister Linde hielt seine bereits tags zuvor erwartete Rede zum Budget, die im Grunde wenig tatsächliche Anhaltspunkte brachte. Für das Quartal, so sagte der Minister, waren eigentlich an Ausgaben 2 022 070 752 Mark und an Einnahmen 1 382 843 139 Mark vorgesehen. Aber da inzwischen sich der Wert der Mark stark erniedrigt hat, so sind auch diese beiden Ziffern bedeutend höher anzunehmen. Dies Defizit müsse durch Kreditoperationen und dann leider auch durch Vermehrung der Notenausgabe gedeckt werden. Diese Notenausgabe laste naturgemäß schwer auf dem Lande, aber das sei eine Erscheinung, die sich in allen Ländern zeige, die unter dem Krieg gelitten hätten. Im übrigen schildert der Minister die Lage optimistisch. Er rühmte den reichen und vorteilhaften Besitz Polens an Industrie und Bergwerken, die Entwicklung von Eisenbahn und Post, die Hüttenwerke, die
Entwicklung von Eisenbahn und Post, die Hüttenwerke, die Steuern,

die Polen sich auferlege und die die Zahlungskraft des Volkes keineswegs überschreite. Sehr bemerkenswert ist es, daß Finanzminister Linde nun endlich, nachdem er bisher allein das internationale Schiebertum für die Mark-Katastrophe in Polen verantwortlich gemacht hatte, ebenso wie dies bereits sein Vorgänger getan hatte, sich nun nicht mehr den wahren Ursachen verschließt. Er sagte: „Die Valuta- und Finanzlage eines jeden Landes, so auch des unseren, steht unter dem Einfluß der internationalen Handlungen. Die gewaltigen waffenlosen Kämpfe, die sich jetzt im Westen abspielen, der Kampf um das in schwerem Kampf im Versailler Vertrag erstrittene Recht (!) belasten mit einem schweren Gewicht die finanziellen Beziehungen der Welt und finden auch ihr Echo in den polnischen Finanzen. Den größten Teil unserer Finanz- und Valutaschwierigkeiten müssen wir auf Rechnung dieser Kämpfe zwischen unseren Nachbarn setzen."

„Der Kampf um das Recht Frankreichs im Ruhrgebiet!" Herr Linde würde nicht Minister in einem Kabinett der Rechten sein, wenn er nicht versuchen würde, sich dieser eigentümlichen Phraseologie zu bedienen.

Gerade aber um dem Auslande zu zeigen, daß sich Polen unabhängig von den internationalen Geschehnissen machen wolle, habe man die Vermögensabgabe geschaffen, die aber, wie man weiß, erst im Jahre 1924 in der ersten Rate eingetrieben werden wird, also **vorläufig nicht den geringsten Einfluß auf die polnischen Finanzen** hat (was der Herr Minister ebenfalls hätte sagen müssen)! Die Beratung der Rede wird auf den 2. August vertagt.

Republik Polen.

Die schwankende Stellung des Finanzministers.

Wie dem „Przegląd Poranny" aus Warschau gemeldet wird, hat der Ministerpräsident Witos bei seinem Besuch in Posen am vorigen Sonntag zuerst Herrn Hącia und dann Herrn Ratajski die Mappe des Finanzministers angeboten. Beide lehnten jedoch ab. Am 31. Juli machte der Finanzminister Linde im Ministerrat mit seinem Exposé, das er am nächsten Tage im Sejm halten wollte, bekannt. Jedoch war die Mehrheit der Minister mit dem Wortlaut nicht einverstanden, so daß der Ministerrat eine Kommission, bestehend aus den Ministern Głąbiński, Kucharski und Osiecki einsetzte, die die Rede des Finanzministers redaktionell verbessern sollten. Linde soll sich zunächst geweigert haben, dieses verbesserte Exposé dem Sejm vorzutragen. Er habe erklärt, daß es die, die es geschrieben hätten, im Sejm vorlesen sollten. Schon verbreitete sich das Gerücht von einer Demission Lindes und man war überrascht, als der Finanzminister doch am 1. August im Sejm sprach. Man nimmt an, daß er es nur auf Zureden des Ministerpräsidenten tat, der bisher noch keinen Nachfolger für ihn hat finden können. Man spricht davon, daß seine Demission abgemachte Sache und nur noch eine Frage von wenigen Tagen ist.

Seyda oder Dmowski?

Herr Witos, der Ministerpräsident, war „inkognito" in Posen gewesen und hat sich dort längere Zeit mit Dmowski unterhalten. Dmowski ist bekanntlich der Initiator der politischen Grundsätze, die die Rechte zu ihrer Richtschnur in der Außenpolitik gemacht hat, während Herr Seyda so zahlreiche Mißerfolge in seiner Politik aufzuweisen hat, daß man selbst in den Reihen der Rechten stutzig geworden ist. Nun heißt es in Warschau, wie unser Sonderberichterstatter schreibt, daß Herr Dmowski nicht bereit gefunden worden sei, unter den jetzigen Verhältnissen den Posten eines Außenministers zu übernehmen und daß also Herr Seyda vorläufig im Amte verbleiben wird. Es heißt auch, daß sich ein Mann wie Dmowski nicht mit der Stellung eines Außenministers begnügen und daß er höchstens das Ministerpräsidium annehmen werde, wovon natürlich zurzeit nicht die Rede sein kann.

Eine neue Serie Dementis.

In einigen Blättern, so tönt der Dementierapparat der „A. W.", war das Gerücht verbreitet worden, daß Ministerpräsident Witos während seines Aufenthaltes in Posen Roman Dmowski den Posten des Außenministers angeboten haben sollte. Das Gerücht wird dementiert. Ferner soll auf Unwahrheit beruhen, daß dem Stadtpräsidenten Ratajski der Finanzministerposten angeboten worden sei. Auch sollen die Gerüchte über bevorstehende Reisen des Ministerpräsidenten nach Posen, Krakau und Wolhynien nicht der Wahrheit entsprechen. In der Zeit der gegenwärtigen Sejmsession erfordere die Arbeitsüberhäufung im Präsidium des Ministerrates die ständige Anwesenheit des Ministerpräsidenten in Warschau.

Angebote von Dollaranleihen.

Die „Gazeta Warszawska" erfährt, daß dem Finanzministerium in den letzten Tagen von einigen großen ausländischen Konsortien Vorschläge zu einer Anleihe für Polen gemacht worden seien. Das Ministerium soll gegenwärtig damit beschäftigt sein, zwei der günstigsten Vorschläge zu erwägen, von denen der eine auf 100 Millionen, der andere auf 25 Millionen Dollar lautet.

Besonderer Unterausschuß des Sejm für Flugwesen.

In der letzten Sitzung des Heeresausschusses war beschlossen, einen speziellen Unterausschuß einzusetzen, der sich mit dem gesamten Flugwesen der Republik befassen solle. Am Mittwoch fand eine Sitzung des Unterausschusses statt, in der das Arbeitsprogramm festgesetzt und die Wahl des Präsidiums vorgenommen wurde.

Kommissionsbeschluß über die Holzausfuhr.

In der **Kommission für Handel** wurden die Beschlüsse der Unterkommission für die Holzausfuhr entgegengenommen und dabei folgende wichtige Beschlüsse gefaßt: Der Sejm fordert die Regierung auf, folgendes durchzuführen: Außer der Verordnung für die Ausfuhrabgabe bei unbearbeitetem Nadel- und Eschenholz sowie dem Ausfuhrverbot von unbearbeitetem Holz soll noch ein rücksichtsloses Ausfuhrverbot für Brennholz erlassen werden. Die jetzige Ausfuhrabgabe für Bauholz soll von 0,5 auf 2,5 Schilling erhöht und monatlich um 0,25 Schilling weiter erhöht werden, bis sie nach Verlauf von zwei Jahren die Höhe von 3,5 Schilling erreicht hat. Im gleichen Verhältnis sollen die Abgaben für Telegraphenstangen, Zellulosenholz und Grubenholz erhöht werden und ebenso die Abgaben für die Ausfuhr von Laubholz. Die Regierung solle überhaupt ihre Aufmerksamkeit auf die Wald- und Holzwirtschaft richten, die nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehe.

Die Jaworzynafrage

wird weiter hinausgezögert. Der Beschluß der Botschafterkonferenz, sich an den Völkerbundsrat wegen eines Urteils (sog. avis consultatif) über die Jaworzynafrage zu wenden, betrifft gar nicht den Inhalt der Sache selbst, d. h. die Festsetzung dieser oder jener Grenze in der Jaworzyna, sondern nur das Rechtsproblem, ob die Gesandtenkonferenz sich in dieser Frage der Entscheidung der Grenzziehungskommission entgegenstellen darf. „Dieser Streit ist vor allem ein Streit zwischen Herrn Benesch und Herrn Poincaré und zwischen der tschechoslowakischen Regierung und dem Botschafterrat", schreibt Stroński in der „Rzeczpospolita", für uns jedoch ist er nur insofern ungünstig, als dies eine weitere Verzögerung der Angelegenheit bedeutet."

Reise Piłsudskis nach Lemberg.

Am 1. August reiste Marschall Piłsudski von Warschau zu einem kurzen Aufenthalt in das Gebiet von Lublin, von wo er am 3. nach Lemberg zur Legionistenversammlung fährt. Trotzdem Piłsudski Warschau in einem bescheidenen Zivilanzug verließ, erkannte man ihn auf dem Bahnhof. Die anwesenden Offiziere erwiesen ihm die militärischen Ehren, die Dienstmänner und ein Teil des Publikums entblößten ihm zu Ehren das Haupt. Piłsudski fuhr in dem Eilzuge zusammen mit den übrigen Reisenden in einem Abteil I. Klasse. Von einigen Anwesenden wurden ihm Blumenbuketts in den Wagen geworfen.

„Kurjer Poranny" vor Gericht.

Wegen eines Artikels „Auf dem Wege zum Kommunismus" in Nr. 206 des „Kurjer Poranny" vom 30. Juli, verfaßt und gezeichnet von Major der Reserve J. Kodeński, hat das Warschauer Regierungskommissariat den verantwortlichen Redakteur des Blattes zur Rechenschaft gezogen. In dem Artikel war unter anderem behauptet worden, daß sich die gegenwärtige Regierung mit der Ermordung der eigenen Bürger befasse, und daß Polen auf dem Wege zu einem „Saisonstätchen" sei.

Die Beschlagnahme der „Volkszeitung".

Interpellation des Abg. Pankratz an den Herrn Justizminister wegen der verfassungswidrigen Beschlagnahme der Bromberger „Volkszeitung".

Die blutigen Polizeimassakers unter der Arbeiterschaft in Lodz, Tschenstochau und Bielitz bildeten bekanntlich am Dienstag, dem 24. Juli, im Sejm den Gegenstand eines Dringlichkeitsantrages der sozialistischen Sejmabgeordneten. Die Dringlichkeit dieses Antrages wurde von dem Abg. Szczerkowski von der P. P. S. begründet; ihm antwortete der Herr Innenminister Dr. Kiernik mit seinen Erklärungen. Die stürmischen Ereignisse dieser Sejmsitzung, in der die Dringlichkeit einstimmig angenommen wurde, sind ja noch in frischester Erinnerung.

Wie alle Zeitungen Polens über die parlamentarischen Ereignisse und auch über die erwähnte Sitzung berichteten, so brachten natürlich die an den Polizeimassakers am meisten interessierten Blätter der Sozialisten und der Nationalen Arbeiterpartei als Vertreter der gemaßregelten Arbeiter, hierüber ausführlichere Berichte. So auch die in deutscher Sprache in Bromberg erscheinende sozialistische „Volkszeitung". Ihr am 27. Juli in Nr. 22 veröffentlichter Leitartikel unter der Überschrift: „Säbelhiebe, Kugeln und Bajonette für die hungernden Arbeiter" enthielt den sozialistischen Dringlichkeitsantrag, der auch von den Interpellanten unterzeichnet war, ferner die Begründung der Dringlichkeit seitens des Abg. Szczerkowski, die Erklärungen des Innenministers, Herrn Dr. Kiernik, sowie die Schilderung der sonstigen Vorgänge der Sejmsitzung vom 24. Juli. Im übrigen deckte sich der Artikel im großen ganzen, zum Teil fast wörtlich, mit dem Leitartikel des Warschauer „Robotnik", Nr. 200 vom 25. Juli unter der Überschrift: „Echo sejmowe masakr policyjnych" („Sejmecho über die Polizeimassakers").

Nr. 22 der Bromberger sozialistischen „Volkszeitung" wurde nun am Sonnabend, dem 28. Juli, in den Nachmittagsstunden in der Expedition der Zeitung sowie in sämtlichen Zeitungsverkaufsstellen der Stadt Bromberg beschlagnahmt, und zwar durch Polizeibeamte, die zur Beschlagnahme nicht die geringste schriftliche Bevollmächtigung vorlegen konnten. Dem verantwortlich zeichnenden Redakteur, Herrn Zittlau, der während der Beschlagnahme in der Expedition zugegen war, wurde von einem Polizeibeamten geantwortet, die Polizei hätte auf Grund des § 23, Abs. 3 des Pressegesetzes von der Bromberger Staatsanwaltschaft telephonisch den Befehl erhalten, die Beschlagnahme der „Volkszeitung" vorzunehmen. Nach diesem Paragraphen kann nun eine Beschlagnahme ohne richterliche Anordnung nur dann erfolgen, wenn der Inhalt einer Druckschrift den §§ 85, 95, 111, 130 oder 184 des ehem. deutschen Strafgesetzbuchs zuwiderläuft. Es fallen nun eo ipso in diesem Falle § 85 — richtiger § 82 — wegen „Hochverrat", § 95 wegen „Majestätsbeleidigung", § 111 wegen „Aufforderung zur Begehung strafbarer Handlungen" sowie § 184 wegen „Verbreitung unzüchtiger Schriften und Abbildungen" glatt unter den Tisch. Bleibt also noch § 130 übrig, der da lautet: „Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich anreizt, wird mit . . . bestraft." Ist es nun schon vollkommen unverständlich, gegen den beschlagnahmten Artikel, der weiter nichts als einen Parlamentsbericht enthält, § 130 des Strafgesetzbuchs anzuwenden, so berührt es noch unverständlicher, daß jetzt mit einem Male die Bromberger Staatsanwaltschaft an diesen Paragraphen denkt, von dessen Existenz sie anscheinend nichts wußte, als zur Zeit der blutigen Warschauer Dezemberereignisse polnische Blätter der Rechten in großen Lettern schrieben: „Der Staatspräsident watet durch Blut", als Tag für Tag die Massen gegen den Staatspräsidenten Narutowicz öffentlich aufgehetzt wurden und als dann noch zum Überfluß sein Mörder glorifiziert wurde. Damals wußte die Staatsanwaltschaft nichts von diesem Paragraphen; jetzt scheint sie bei einem Parlamentsbericht eine andere Vorschrift nicht zu kennen, eine der elementarsten Gesetzesvorschriften, wie sie in der Verfassung verankert ist, nämlich Artikel 31, der klipp und klar sagt: „Niemand darf für wahrheitsgemäße Berichte über eine Sejmsitzung sowie eine Sejmkommissionssitzung zur Verantwortung gezogen werden."

Nach der Logik der Bromberger Staatsanwaltschaft, die gewisse Paragraphen gegen deutsche Blätter parteiisch anwendet und polnische Zeitungen vollkommen ungeschoren läßt, dürfte es somit in gröblichster Verletzung des Art. 31 der Verfassung überhaupt keine parlamentarischen Berichte geben; jede Rede eines opponierenden Abgeordneten würde nach ihr unter § 130 fallen und die durch Artikel 31 der Verfassung garantierte Wiedergabe der Rede durch irgend eine Zeitung als „Anreizung zum Klassenkampf" ausgelegt werden. Fürwahr, ein wunderbares Verständnis für die „Preßfreiheit" und eine noch schönere Kenntnis der allerelementarsten Vorschriften der Verfassung!

In Anbetracht der geschilderten Umstände fragen Unterzeichnete den Herrn Justizminister an: Was gedenkt er für die Aufhebung der beschlagnahmten Nummer 22 der „Volkszeitung" zu tun sowie für die Garantie, daß derartige, auf Unkenntnis der Gesetze beruhenden Übergriffe der Bromberger Staatsanwaltschaft in Zukunft unterbleiben?

Warschau, den 31. Juli 1923. Die Interpellanten.

Aus der polnischen Presse.

„Die erwünschte deutsche Ueberraschung".

Unter dieser Überschrift verbreitet sich Wojciech Dąbrowski in der „Rzeczpospolita", Nr. 207, über die gegenwärtige Lage in Deutschland. Er behauptet zunächst, daß die große, für den 29. Juli angesagte Demonstration der Kommunisten und ihre leichte Unterdrückung durch die Regierung bestellte Arbeit war und daß in Wirklichkeit der „Nationalbolschewismus" in Deutschland allgemein verbreitet sei und selbst die sozialdemokratischen Schichten durchdringe. Er führt dann einen Bericht des Engländers John Pollock in der „National Review" an, der über Deutschlands Wirtschaftslage sehr optimistisch urteilt und schließt mit folgenden Sätzen: „Wer aber wird gegen diesen Bolschewismus im Ernst die Hand erheben, wenn in Wirklichkeit alle Deutschen in der Verborgenheit ihrer Seele oder auch teils öffentlich ihm angehören? Alle glauben, daß Deutschland den Krieg nicht verloren hat und ihn noch auf friedlichem Wege oder anders gewinnen wird. Alle sind überzeugt, daß die Gerechtigkeit stets auf deutscher Seite ist und den Deutschen die Beherrschung der Welt zukommt, die sich schließlich nur mit der Waffe in der Hand erringen läßt. Sogar die deutschen Sozialisten stellen sich vor, daß sie für internationale Zwecke wirken, wenn sie für die deutsche Hegemonie arbeiten, und was noch schlimmer ist: Sie vermochten diesen Glauben den Sozialisten fremder und sogar Deutschland feindlicher Länder einzuflößen. Bis zu welch unglaubwürdigem Grade dieser Glaube an die Zukunft Deutschlands reicht, davon zeugt z. B. der Umstand, daß ein hervorragender deutscher Astronom kürzlich einem englischen Publizisten erklärte, daß er die positive Kunde erhalten habe von der Absicht der Marsbewohner, einzugreifen, wenn die Franzosen nicht bis zum 1. Mai das Ruhrgebiet verlassen! Man wird vielleicht sagen: Das ist ein Verrückter! Aber solch ein Verrückter ist heute das ganze deutsche Volk, und das Schwert in der Hand eines Wahnsinnigen ist eine hundertmal gefährlichere Waffe. In den Zustand des epidemischen und chro-

---

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(35. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Mit einem kurzen Ruck drehte sich Sauer um. „Hörten Sie denn gar keine verdächtigen Geräusche: Hufschlag oder Wagenrollen?"

„Nein, Herr Oberförster," der Beamte schüttelte den Kopf, „der Halunke war sicher längst über alle Berge; denn das Ausschlagen des Geweihs kann nicht länger als höchstens zwei oder drei Minuten gedauert haben. Ich suchte nun nochmals alles ganz genau ab, fand aber nicht das geringste, denn sämtliche Weg sind salztrocken und knochenhart, da hätte eine Dampfwalze langfahren können, ohne daß man eine Fährte sah."

Sauer zerrte an seinem pechschwarzen Pikkönigsbart: „Es ist unerhört! Es ist geradezu unglaublich!" Er trat an den Schreibtisch. „Wissen Sie, ob Marheinke, Irmscher und Weber zu Hause sind?"

„Der Kollege Marheinke hat bis um zwölf Uhr dienstfrei, dann löst er Weber ab, Irmscher vertritt mich, er kommt aber auch mittags heim."

„Hm, na, egal, dann werde ich jetzt mal Marheinke und Wachtmeister Barth, sowie den Fußgendarm Schneider in Leiningen antelephonieren, und Sie gehn unter Mittag mal zu Weber und Irmschner ran und bestellen, daß sich heute nachmittag um 5 Uhr alle Beamten zum Rapport bei mir einfinden sollen."

„Sehr wohl, Herr Oberförster!"

Sauer griff nach dem Hörer des Fernsprechers: „Bitte Nr. 1372!" — — —

„So," — der Oberförster hängte wieder an, nachdem er die drei Gespräche geführt hatte: „Also Barth und Schneider kommen auch, es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn wir den elenden Lumpen nicht endlich erwischten."

Rantzsch zuckte die Achseln. „Eigentlich sollte man's meinen, aber das ist ein ganz Schlauer, einer, der sich auskennt und uns noch manche Nuß zu knacken geben wird!"

„Ja, bis er schließlich doch einmal einem von uns in die Hände läuft!" Sauer trat an den Gewehrschrank und nahm seinen Drilling heraus, dann steckte er eine Handvoll Kugel- und Schrotpatronen in die Joppentasche und griff nach dem mit einem Hirschgrannenbart geschmückten Hut, der auf dem aus Abwurfstangen gefertigten Kleiderrechen hing.

„Wir wollen noch einmal mit meinem Rino nachsuchen, vielleicht kann der uns auf eine Fährte helfen, und wir haben dann unsere Pflicht getan." Damit öffnete er die Flurtür. „Helene! Ich bin heute zum Frühstück nicht da," und ohne eine Antwort abzuwarten, ging der Oberförster nach dem neben dem Pferdestall angebauten Zwinger, in dem zwei Dackel, ein Deutschkurzhaariger und ein Gebirgsschweißhund, einen ohrenbetäubenden Radau vollführten. „Komm', Rino!"

Die Nase tief am Boden, trottete der hirschrote Schweißhund neben den beiden Beamten her, die den schmalen, nach der Landstraße führenden Gestellweg entlang schritten. Geschlossene Dickungen wechselten mit urwaldähnlichem Bestand, denn Fürst Sayn-Isenstein unterhielt den Park nur des Wildes wegen, und es durften bloß kernfaule und überständige Bäume geschlagen werden. Auf Schritt und Tritt sah man die tiefen Schaleneindrücke der Sauen und des Damwildes auf den sauber geharkten Spürbahnen, aber so oft Sauer wegen eines erhöhten Abschusses vorstellig geworden war, da sonst das Wild infolge der Überhege degenerieren müsse, hatte der Fürst abgelehnt, ja, er trug sich sogar mit dem Plan, noch das fünftausend Morgen große Niederheider Revier einzugattern und dann — lediglich für Rotwild, Sauen und Wildschafe — einen Wildpark nach Moritzburger Muster zu schaffen — die Kosten spielten ja keine Rolle.

Man merkte es nun schon, daß der Herbst seinen Einzug gehalten hatte. Zwischen den silberschimmernden Stämmen der Weißbuchen standen in fast tropischer Üppigkeit große, braunrote Farnwedel, braun- und weißgefleckte, in den Bestand eingesprengte Birken hoben sich wirkungsvoll von dem satten Blaugrün der Fichten ab, das Laub der Eichen zeigte bereits eine ockerfarbene Tönung, und der Humusboden war bedeckt mit einer dicken Schicht rostroter, welker Blätter, die von den als Wildfütterung überall angepflanzten Roßkastanien herniederrieselten. Ein Flug Krammetsvögel strich krächzend aus der mit korallenroten Beerendolden behangenen Krone der neben dem Wegweiser stehenden Eberesche ab, um hundert Schritte weiter wieder einzufallen.

Der Oberförster schob den Hut aus der Stirn. „Sagen Sie mal, Rantzsch, haben Sie nu eigentlich 'nen bestimmten Verdacht?"

„Ja und nein! Verdächtig ist mir jeder, der im Revier herumstrolcht, zum Beispiel ist da der Lump, der Roloff, der erst vor 'nem halben Jahre aus dem Zuchthaus in Celle entlassen wurde und auch schon wegen Wilddiebstahls vorbestraft ist — — —"

„Ach, Unsinn," Sauer machte eine wegwerfende Handbewegung, so ein Kerl wie dem wäre es doch nur ums Wildpret, nie und nimmer aber um die Trophäe zu tun!"

Der Revierförster zuckte die Achseln: „Dann weiß ich auch nicht! Schußwaffen hat jetzt eben fast jeder, ausrangierte, gestohlene oder im Schleichhandel gekaufte Militärgewehre, Karabiner, Mehrladepistolen; unser halbzahmes Wild läßt ja 'nen Menschen ruhig bis auf dreißig Schritte an die Fütterungen herankommen, da kann ein leidlich sicherer Schütze 'nen Schaufler oder Keiler auch mit 'nem Parabellum umlegen, ein Kunststück ist das nicht."

(Fortsetzung folgt.)

nischen Wahnsinns ist das deutsche Volk seit einigen zehn Jahren durch das ganze Erziehungs-, Regierungs- und Gesellschaftssystem hineingetrieben worden, und seit dem Kriege ist der Grad des Wahns in beschleunigtem Tempo gesteigert worden. Und der Schutzherr dieser verbrecherischen (!) Tätigkeit war der Hauptrepräsentant des Großkapitals im heutigen Deutschland: Stinnes, mit seinem ganzen ungeheuren Propagandaapparat, der sich aus 72 Aktiengesellschaften, 75 Zeitungen, 2 Telegraphen-Agenturen, großen Dampferlinien, prächtigen Hotels in Berlin usw. zusammensetzt. Aus seiner Hand ißt sowohl die aus dem Sturz der Mark gewinnziehende „Revolution", als auch der „nationale Bolschewismus", so, daß sie sich nur dann zerbeißen, wenn er den Bogen überspannt und sich nicht zu rechter Zeit zurückzuziehen verstand, und dann geraten sie immer noch — zu seinen Gunsten aneinander."

Ein so verzerrtes Bild der im deutschen Volk herrschenden Strömungen gibt einer der Hauptschriftleiter des extrem-nationalistischen Blattes, das wirklich keinen Anlaß dazu hätte, über „Nationalbolschewismus" zu schreien. Erst kürzlich wurde dieses Blatt gerichtlich zur Rechenschaft gezogen, weil es für ein Denkmal jenes Mannes sammelte, der den polnischen Staatspräsidenten feige ermordete, und zwar aus keinem anderen Grunde, als weil er auch mit den Stimmen der polnischen Staatsbürger deutscher und jüdischer Nationalität gewählt war. Ist es nicht Wahnsinn, einen solchen Menschen zum Nationalhelden zu machen? Aber den Balken im eigenen Auge sehen sie nicht und wollen den Splitter aus dem Auge des Nächsten ziehen. Kennt Herr Dąbrowski die „Księgi Polskiego Narodu" von Adam Mickiewicz? In diesem ergreifenden Werk finden sich zahlreiche Stellen, die ein auch nur ein wenig mißgünstiger Beurteiler als „hellen Wahnsinn" bezeichnen wird. Dieses Buch sollte den polnischen Ultranationalisten nicht unbekannt sein. Es zeigt deutlich, daß eben in einem unterdrückten und gemißhandelten Volk, wie es damals das polnische war, heute das deutsche ist, der Schmerz die Gedanken selbst bei hervorragenden Männern verwirren kann. Aber freilich, es handelt sich heute um — Deutsche!

Poincaré weist alle englischen Vorschläge zurück.

Alles, was über die Antwort Poincarés an England, deren Wortlaut geheim gehalten wird, bekannt wird, weist darauf hin, daß seine Note eine sehr höfliche, aber bündige Ablehnung fast aller englischen Vorschläge enthält. Nach dem „Telegraph" ist die Note nichts anderes als eine neue Betonung der unbeugsamen Absichten, die Poincaré in seinen letzten Reden gezeigt hat. Poincaré lehnt nicht nur jede Verhandlung während der Dauer des passiven Widerstandes ab, sondern er ist auch zu keinen Gegenleistungen für die Aufgabe des passiven Widerstandes bereit. Frankreich will die Ruhr nicht verlassen, bevor es nicht vollständig bezahlt ist. Auch das Internationale Sachverständigenkomitee wird abgelehnt. Etwas günstiger wird die belgische Note beurteilt, da Belgien mit einigen Vorbehalten mit der von England vorgeschlagenen Nachprüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit einverstanden ist.

Was wird England tun?

Das englische Kabinett hat über die Antwortnoten Frankreichs und Belgiens gleich nach ihrem Eintreffen zwei Stunden beraten. Am 1. August ist es nochmals zusammengetreten, um die Haltung Englands endgültig festzulegen. Am Donnerstag, dem 2. August, wollten Baldwin und Curzon im Unterhaus Erklärungen abgeben. Über ihren Inhalt war nichts zu erfahren. Vielfach wird in England vollkommene Hoffnungslosigkeit geäußert, daß Verhandlungen noch irgend etwas Ersprießliches bringen können. Die beiden Noten bedeuten das Zuschlagen der Verhandlungstür. Die Londoner Geschäfts- und Finanzwelt ist dabei, auf den Premierminister einen scharfen Druck auszuüben, um ihn zu einem Sondervorgehen zu bewegen; in derselben Richtung wirken Lloyd George, Asquith und Macdonald. — Nach dem Londoner Korrespondenten des „Newyork Herald" will Baldwin die Verbündeten in Kenntnis setzen, daß Großbritannien an Deutschland eine Sondernote richten werde. Man rechnet auch damit, daß sich Italien dem Schritte anschließen wird.

Das weiße Unschuldsbuch der Entente.

Die englische Regierung beabsichtigt, alle Dokumente, die zwischen den Koalitionsregierungen in der Reparationsfrage ausgetauscht worden sind, in Form eines Weißbuchs in Druck zu geben. (Man sollte denken, daß die weiße Farbe die für ein solches Buch am wenigsten geeignete sei. D. Schriftl.)

Ausstände im Ruhrgebiet.

Deutsche Blätter melden, daß in der Umgebung von Essen Ausstände ausgebrochen sind. Die streikenden Arbeiter in der „Hoffnungshütte", der Grube Concordia und der Hütte Rombach verlangen eine einmalige Beihilfe von 5 Millionen Mark. Die Kommunisten entfalten eine rege Tätigkeit.

Deutsches Reich.

Kein Rücktritt Cunos.

Die gleich anfangs mit großer Bestimmtheit auftretenden Gerüchte über den baldigen Rücktritt der Cuno-Regierung haben sich als durchaus voreilig erwiesen. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft denkt nicht daran, den Kanzler zu beseitigen. Auch der sozialdemokratische Führer Hermann Müller will Cuno nicht stürzen. Man will sich auf gewisse Personalkorrekturen beschränken. Überhaupt ist nach dem „Demokratischen Zeitungsdienst" das Krisengerede verfrüht, solange der Reichstag noch nicht zusammengetreten ist. Die Reichstagsfraktion des Zentrums scheint nicht dieselbe Haltung einzunehmen wie ihre Presse. Man bemerkt, daß der Minister, gegen den sich die meisten Einwände richten, der Finanzminister Hermes, gerade der Zentrumspartei angehört.

Neue Steuergesetze.

Das Reichskabinett hat eine Reihe von Steuergesetzentwürfen angenommen, die dem Reiche in kürzester Frist erhebliche Einnahmen verschaffen sollen. Die eine dieser Steuern wird als Rhein-Ruhropfer bezeichnet. Sie sieht eine in drei Raten zu bezahlende Abgabe der leistungsfähigen Einkommensträger in Handel, Industrie und Landwirtschaft vor. Die erste Rate soll noch im August fällig sein. Zu dieser Steuer werden diejenigen herangezogen, die im Jahre 1922 ein Einkommen von mehr als 1 Million Mark bezogen haben. Ferner sollen auch diejenigen Personen besonders herangezogen werden, die Besitzer von Kraftfahrwagen sind. Das Opfer beträgt das Fünfzigfache der Kraftfahrzeugsteuer bei Personenautos, das Fünffache bei Lastautos. Von den im besetzten Gebiete wohnhaften Steuerpflichtigen soll das Rhein-Ruhropfer nicht erhoben werden. Ferner soll die Biersteuer erhöht werden und bei den übrigen Verbrauchssteuern die Fälligkeitsfristen verkürzt werden. Ferner soll ein Steuerzinsgesetz für Verzugszinsen und Zinsen, die bei Steuerstundungen gewährt werden, festgesetzt werden.

Aus aller Welt.

Reise des rumänischen Königspaares. Das rumänische Königspaar begibt sich am 3. August nach Südslawien. Die Königin Marie reist dann nach St. Lunaire in der Bretagne.

Wechsel des amerikanischen Reparationsdelegierten. Boyden, der offizielle Delegierte („Beobachter") Amerikas in der Entschädigungskommission, verläßt Frankreich. Zum Nachfolger ist Logan ernannt worden.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 2. August.

Vom Hausbesitzerverein.

Der polnische Hausbesitzerverein hat, wie aus seiner letzten Sitzung hervorgeht, den Beschluß gefaßt, angesichts der Mißerfolge im Sejm weder Denkschriften noch Delegierte nach Warschau zu senden, da die großpolnischen Abgeordneten darauf nicht reagieren. Die Beschlüsse des Vereins sollen durch Anzeigen oder durch Plakate veröffentlicht werden. Ferner wurde in der Sitzung dagegen protestiert, daß die Banken Einzahlungen à conto der Mieten annehmen. Zur Deckung verschiedener Kosten wurde eine einmalige Abgabe in Höhe von 5000 Mk. pro Haus beschlossen. Darauf wurde ein Schreiben des Magistrats verlesen, in dem an die Hausbesitzer appelliert wird, von solchen Mietern, die Unterstützung erhalten, keine höheren Mieten zu verlangen.

Kontrolle in den Eisenbahnzügen. Fliegende Abteilungen revidieren jetzt die Passagiere in den Eisenbahnzügen. Ferner das Reisegepäck und die Pakete, die einer recht eingehenden Kontrolle unterzogen werden. Die Revision ist wahrscheinlich auf die jetzt bestehende scharfe Grenzkontrolle zurückzuführen; die Reisenden werden gut daran tun, sich mit einem „Wykaz osobisty" zu versehen, der allerdings bei vielen schon seit längerer Zeit nicht mehr erneuert ist.

Schließung der Paßstelle des polnischen Konsulats in Breslau. Das polnische Konsulat in Breslau teilt mit, daß die mit der Regierung geführten Unterhandlungen zwecks Erlangung eines geräumigeren Amtslokals zu keinem Resultat geführt haben und es sich deshalb gezwungen sieht, die Paßstelle vom 30. Juli ab für deutsche Reichsangehörige zu schließen. Von dem genannten Tage ab werden auch die übrigen Paßstellen in Deutschland Zuschriften aus dem Amtsbezirke des Breslauer Konsulats unerledigt lassen. — Den Breslauer Blättern wird hierzu von zuständiger Stelle mitgeteilt: Das hiesige polnische Konsulat hat heute seine Paßstelle erneut geschlossen und die Wiedereröffnung davon abhängig gemacht, daß ihm geeignete Amtsräume zugewiesen werden. Die zuständige hiesige Behörde, insbesondere das Wohnungsamt, ist seit langem auf das eifrigste bemüht, dem Wunsche des Konsulats in der Unterbringungsfrage gerecht zu werden; bei der bekannten Wohnungsnot war es jedoch bisher nicht möglich, geeignete Räumlichkeiten — das Konsulat verlangt eine Sieben- bis Achtzimmerwohnung — freizumachen, da diese Maßnahme nur im Wege eines freiwilligen Tausches möglich ist und die seitens der Tauschenden gestellten Ansprüche bisher nicht erfüllt werden konnten. Wie lange die von dem polnischen Konsulat bedauerlicherweise getroffene Maßnahme andauern wird, läßt sich zurzeit noch nicht absehen. Sie ist selbstverständlich ganz ungeeignet, das von dem Konsulat gewünschte Ziel zu erreichen, da es sich hier nicht um den mangelnden guten Willen Einzelner oder einer Behörde handelt, sondern um eine durch den Krieg geschaffene Zwangslage, die für die Bevölkerung selbst vielfach eine schwere Notlage bildet.

× **Teuerungsziffer.** Die Wojewodschaftskommission zur Prüfung der Lebensunterhaltskosten hat am 1. August eine Steigerung der Teuerung um 85,19 Prozent, das Statistische Amt der Stadt Posen eine solche um 89,84 Prozent festgestellt. Der letztere Prozentsatz gilt u. a. für das graphische Gewerbe (Druckereien, Zeitungsverläge usw.).

× **Lehrlingsprüfungen.** Anmeldungen zu den nächsten Herbstlehrlingsprüfungen sind bis zum 25. August an den Hauptverein der deutschen Bauernvereine zu richten. Der Anmeldung sind beizufügen: 1. Die Zustimmungserklärung des Lehrherrn; 2. ein selbstverfaßter und selbstgeschriebener Lebenslauf; 3. das letzte Schulzeugnis und sonstige Zeugnisse. Der Hauptverein der deutschen Bauernvereine macht darauf aufmerksam, daß von der in der Prüfungsordnung vorgeschriebenen zweijährigen Lehrzeit mindestens ein Jahr in einem fremden Betriebe geleistet werden muß, wenn die Zulassung zur Prüfung erfolgen soll.

× **Gesuchter Mörder.** Im Jahre 1921 soll in der Gegend von Danzig ein Mann ermordet worden sein, dessen Personalien nach dem Personalausweis folgende sind: Jozef Drozdowski, Landwirt, verheiratet, Vater von 4 Kindern, röm.-kath., geboren am 10. Oktober 1877 in Ihumen bei Minsk. D., der im russischen Heere gedient haben soll, hatte einen Reisepaß bei sich, der in Washington am 7. März 1921 ausgestellt worden war und die Nummer 51, 3. 21 trug. Es handelt sich also höchstwahrscheinlich um einen Emigranten. Zweckdienliche Mitteilungen erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 3.

× **Ertappte Einbrecher.** Auf frischer Tat ertappt wurde ein gewisser Piotr Remiszewski, Ostrowek 13, mit seinem Komplizen, einem gewissen Marjan Adam von der Wallischei. Beide waren in der Mittagsstunde in eine Wohnung des Hauses ul. Gen. Prądzyńskiego 13 (fr. Gneisenaustr.) eingedrungen, um sich nach wertvollen Gegenständen umzuschauen, als sich die Polizei ihrer annahm und sie ins Gewahrsam wandern ließ.

Ertappter Dieb. Angehalten wurde gestern ein Mann, der diebstahlsverdächtige Wäsche und andere wertvolle Sachen bei sich trug. Unter der Wäsche befand sich eine Decke mit der Aufschrift: „Der dich behütet, schläft und schlummert nicht" und ein Bettlaken mit den Buchstaben A. Z. Rauchwaren, Butter und Flaschen mit Schnaps vervollständigten die abgenommene Beute.

× **Hühnerdiebstahl.** In der ul. Ogrodowa (fr. Gartenstr.) wurden nachts dem Küster der reformierten Kirche aus dem Stall 6 Hühner gestohlen, denen an Ort und Stelle der Garaus gemacht wurde.

* **Samter,** 28. Juli. Am 26. d. Mts. hatten sich vor dem Gericht siebzehn Kaufleute aus unserer Stadt zu verantworten. Diese waren des Vergehens des Nichtheraushängens der Preisverzeichnisse angeklagt. Den betreffenden Kaufleuten war aus diesem Grunde von der Administrationsbehörde eine empfindliche Strafe zudiktiert worden. Die Kaufleute protestierten dagegen, und das Gericht verhandelte gegen die Angeklagten. Der größere Teil wurde freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

* **Danzig,** 30. Juli. Auf dem Wochenmarkt war das Rindfleisch auf 42 000—48 000 M., das Hammelfleisch auf 38 000 bis 42 000 M. und das Kalbfleisch auf 40 000 M. für das Pfund gestiegen. Schweinefleisch war nicht auf den Markt gebracht worden, ebensowenig Schmalz. Margarine kostet 115 000—120 000 M. und ein junges Huhn 50 000—120 000 M., ein Suppenhuhn 200 000 bis 250 000 M. Für die Mandel Eier mußten 80 000 M. bezahlt werden. Gemüse war im Verhältnis zu diesen Preisen noch billig. An Obst mußte man 7000—8000 M. für Blaubeeren, 8000 bis 10 000 M. für Johannisbeeren, 12 000—20 000 M. für Stachelbeeren, 20 000—45 000 M. für Erdbeeren und 20 000—30 000 M. für Kirschen bezahlen. Frische Kartoffeln kosteten 4000 M., alte 2000 M. das Pfund. — Von Sonntag ab tritt eine neue erhebliche Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise in Kraft. Die Fahrpreise bewegen sich hinfort zwischen 6000 und 14 000 M.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

Frau F. Z. in Pinne. Ob in diesem Jahre eine Handarbeitsausstellung stattfinden wird, ist z. Z. noch unbekannt. Sie können sich beteiligen.

P. A. in G. Sie müssen das Testament selbstverständlich erfüllen. Das Erbteil muß dem Friedenswert entsprechend ausgezahlt werden. Zahlort ist der Ort dees Vertragsschlusses. Sie müssen neue Betten zur Verfügung stelln.

Black-Hawk. Nr. 1001—1006. 1. In Warschau. 2. Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Pełnomocnik przy Urzędzie patentowym, pan Dr. Marjan Krzyzan, Poznań, ul. Wrocławska 18. 3. Nein. 4. Der Antrag ist nicht steuer- und stempelfrei. 4. 30 000 Markp.

Handel und Wirtschaft.

Industrie.

⊙ **Kattowitzer A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb.** Die Kohlenförderung der Gesellschaft entwickelt sich immer mehr infolge des ständigen Ausbaues der Gruben und der Vermehrung der Belegschaft. Die Eisenhütten haben in ihren verschiedenen Abteilungen neuerdings eine erhebliche Auftragsvermehrung aufzuweisen. Die Beschäftigung in den Stahl- und Eisenwerken, in der Kesselschmiede und den Konstruktionswerkstätten ist zufriedenstellend. Auf Walzeisenträger, Schienen und Halbzeug sind größere Bestellungen eingelaufen. Der Ausbau von Arbeitersiedlungen wird nach Kräften vorgenommen, da eine weitere Verdoppelung der Arbeiterzahl sich als unbedingt notwendig erweist.

⊙ **Die tschechoslowakische Glasindustrie** hat seit kurzem einen wesentlich höheren Beschäftigungsgrad aufzuweisen, als in den vergangenen Monaten. So hat die Charlottenhütte von S. Reich u. Co. in Neu-Hrozenkau, die viele Monate gänzlich stillstehen mußte, wieder in Betrieb genommen werden können. Die Glasfabrik in Krasna ist mit so vielen Aufträgen jetzt versehen, daß verschiedene Abteilungen Überstunden einführen mußten, und eine erhebliche Vergrößerung des Gesamtbetriebes sich als notwendig erwiesen hat.

Wirtschaft.

Die polnische Hefesteuer ist durch Verordnung des Finanzministeriums auf 5000 M. für 1 Kilogramm erhöht worden.

Der polnisch-türkische Wirtschaftsvertrag ist Ende Juli in Lausanne durch den polnischen Gesandten Modzilewski und Ismet Pascha unterzeichnet worden.

Geldwesen.

≡ **Starke Erhöhung des Gold- und Silberankaufspreises.** Der Ankauf von Gold für das deutsche Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 30. d. Mts. an bis auf weiteres zum Preise von 3 Millionen Mark für ein Zwanzigmarkstück, 1,5 Millionen Mark für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom genannten Datum an bis auf weiteres zum 50 tausendfachen Betrage des Nennwertes.

Von den Märkten.

Leder und Häute in Posen. Rohleder. Rind (gesalzen) pro Pfund 1,06 Złoty; Kalb (gesalzen) pro Stück 8,24 Złoty; Kalb (trocken) 5,51 Złoty; Hammel (trocken und wollig) pro Pfund 1 Złoty, (gesalzen) 0,56 Złoty; Pferd (gesalzen) pro Stück 20,59 Złoty, trocken 19,12 Złoty; Winterhasen 0,79 Złoty; Ziegen (gesalzen) pro Stück 2,94 Złoty, trocken pro Stück 5,00 Złoty; Kaninchen pro Pfund 0,71 Złoty. Tendenz fest. Gegerbte Ware in 1000 Mark: Sohlenleder in Hälften 180 M. pro Kilo, schwarzes Boxcalf-Oberleder 45 M., pro Fuß, Alaunleder 100 M., Möbelleder 50 M. Tendenz sehr fest.

Vom Krakauer Ledermarkt. Pro Kilo in 1000 Mark loko Gerberei Ludwinów: Leichtes Rinds-Rohleder 45—48, schweres desgleichen, Kalb pro Stück 180—200, bestes Juchten 320, schlechtere 240—280, Krakauer Kroupons 180, ausländische 190—220. Flanken und Rücken 95, Boxcalf-Oberleder (Kalb) 35, (Rind) 240, Chevreaux-Leder 40, Lackleder 75—80 Mark pro Fuß.

Warschauer Effekten. Die Tendenz ist schwächer. Mangel an größeren Käufen und Verkäufen. Für Devisen Tendenz unverändert. Es notierten am gestrigen Tage in Tausend Mkp. Polska Nafta 116. — Von inoffiziellen Werten: Lokomotywy 230, Przemysł Korkowy 90, Opatówek 100, Lechita 21. (stark) Hurtownia Opałowa 8, Nitrat 55, Pruszków 65, Lloyd 60—62. Die Tendenz war beständig für inoffizielle Werte.

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	2. August	31. Juli
Bank Centralny I.—III. Em. . .	—,—	25 000
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em.	20 500—20 000	20 000—21 000
Bank Przemysłowców I. Em. o. K.	20 000—23 000 —22 000	20 000—22 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	55 000	60 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	18 500—21 000	20 000—22 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. .	6000—5900	5800—6000
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	3000—3500	2800—3000
Bank Młynarzy	7500—8000	7500
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em.	47 000	50 000
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em. .	20 000	20 000
Browar Krotoszyński I.—IV. Em. .	—,—	270 000-280 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	15 000	16 000—15 000
Centrala Rolników I.—IV. Em. .	5800-6000-5900	5800
Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.)	35 000	35 000
Cukrownia Zduny I.—II. Em. . .	—,—	900 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	42 000	40 000
Goplana I.—II. Em.	29 000—28 500	32 000
C. Hartwig I.—V. Em.	9500—85[illegible]	10 000
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	5000	4500—5000
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	9500	—,—
Hurtownia Skór I.—III. Em. . .	36 000	—,—
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Bzr.	75 000	85 000
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	—,—	30 000
Iskra I.—III. Em.	50 000	42 000—48 000
Juno I—II. Em.	12 000—11 000	—,—
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	—,—	50 000-600 000
Pneumatik o. Zukaufsr. u. o. Kup.	7000—6000	6500—7000
Płótno I.—II. Em. (ohne Bezugsr.)	28 000—27 000	28 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em.	19 000	20 000
Patria I.—VIII. Em.	—,—	20 000—21 000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em. (ohne Bezugsrecht)	—,—	70 000
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em. (exkl. Zukaufsrecht)	—,—	55 000—57 000
Spółka Stolarska I.—II. Em. (o. Bzr.)	—,—	45 000
Starogardzka Fabr. Mebli I. Em. .	28 000	30 000
Tkanina I.—IV. Em.	50 000	55 000
Tri I.—III. Em.	—,—	50 000
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	120 000-115 000	110 000-120 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em. (ohne Kup.) 21 u. 22	80 000—70 000	70 000—80 000
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em. ohne Bezugsrecht	10 000—8000 —9500	9000—10 000 —9500

Tendenz: nicht einheitlich.

Warschauer Vorbörse vom 2. August.

Deutsche Mark in Warschau	0,13
Dollar in Warschau	191 500
Englische Pfund in Warschau	882 000
Französischer Franken in Warschau	11 180
Schweizer Franken in Warschau .	34 500

Warschauer Börse vom 1. August.

Devisen.

Belgien	9500—9250,	Paris . .	11 600—11 275,
Berlin	0,16½—0,16,	Prag . .	5850—5710,
Danzig	0,16½—0,16.	Schweiz .	35 500—34 500
London	909 000—891 000,	Wien . .	2,81—2,75,
Newyork	198 000—193,000.	Italien .	8650.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal (z. Zt. beurlaubt)
Verantwortlich: für Politik: Dr. Martin Meister; für Stadt und Land i. V. Robert Styra; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil: Robert Styra; für den Anzeigenteil: i. V. B. Sikorski. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Neue deutsche Handelskurse

verbunden mit landwirtschaftlichem Unterricht.

Beginn: 6. August.

Buchführung, Rechnen, Handelskorrespondenz, Stenographie, Maschinenschreiben, Handelsbetriebslehre, Wechsel- und Scheckleh re, Nationalökonomie, Wirtschaftsgeographie, Deutsch, Polnisch, Französisch Englisch, Esperanto, Banktechnik, Büropraxis usw.

Nur staatlich geprüfte Fachlehrer!

Schulhaus ul. 27. Grudnia 4 (Gartenvilla).

Sprechzeit des Schulleiters v. 12—1 und v. 7—8 Uhr.
Sprechzeit in der Wohnung, Poznań, św. Wojciech 28 von 2—3.

Zur bevorstehenden Saison [8326
empfehlen wir:

Drillmaschinen „Saxonia",

3, 2, 1¾ Meter breit,

Kartoffel-Erntemaschinen

„Progress", 5 Stab,
mit während des Ganges verstellbarer Wurfweite

Maschinen-Abteilung

der Landwirtschaftl. Hauptgesellschaft

T. z o. p.,
Poznań, ul. Wjazdowa 3.

Fabrikneues oder ganz wenig gebrauchtes

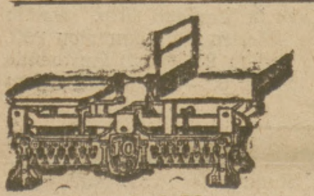
Wander-, Mars-, Viktoria- oder D- Motorrad,

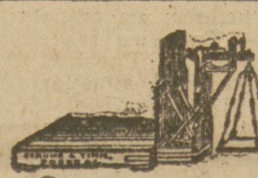
nicht unter **4 PS zu kaufen gesucht.** — Angebote mit Preisangabe sind unter **8329** an die Geschäftsstelle dieses Blattes zu richten.

„Stock"-Motorpflug,

moderner Bauart, sechsscharig, 55/60 PS, Rückwärtsgang, motorische Tiefenstellung, habe ich **preiswert abzugeben** und zu besichtigen. Apparat ist gründlich durchrepariert und garantiert betriebsfertig. — Auf Wunsch Vorführung durch Monteur.

Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.





Spezial-Reparaturwerkstatt für

Wagen sämtlicher Art und Größe

sowie **neue und gebrauchte Wagen** vorrätig

Struwe & Timm, Poznań, ul. Półwiejska 25. Telephon 2732.



Kaufe Pianinos

u. zahle höchste Preise. Off. m. Preisangabe unt. **G. 2755** an Wielkopolska Agencja Reklamy, Poznań, św. Marcin Nr. 40.

Rassenreine [8368

Plymouth-Rock,
Mecheler Kuckucksperber,
schwarze Minorka

zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis erbeten an

Hans Linz, Rawicz.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat August 1923

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Telephon 2207 2243

Schafwolle

Telephon 2207 2243

gewaschen und ungewaschen
kauft und zahlt die höchsten Preise:

Tow. Akc. „Runo",

Poznań, ul. Mickiewicza 33.

[621

Suche Partnerin fürs Leben, die mich glücklich macht!

Dame (auch Witwe), christl. gesinnt, evgl., musik., häuslich, mittelgr., von ca. 26—32 J., die einen meinem Besitztum mit Existenz entsprechenden Wert entgegensetzt.

Bin Deutschpole, evgl., kerngesund, lebensfreudig, musik. und habe ein ideales, fröhliches, unverbrauchtes Herz. Diskretion streng verbürgt.

Anbahnung der Angehörigen oder persönlich mit klaren Angaben unt. M. Z. 8397 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Die **Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań, ulica Zwierzyniecka 6,** Abteilung:

Versand-Buchhandlung

liefert jetzt direkt an die Besteller folgende neue Werke:

Deter, Abriß der Geschichte der Philosophie.
Tillich, Das System der Wissenschaften nach Gegenständen und Methoden.
Schmid, Die Sprache und andere Ausdrucksformen der Tiere.
Borchardt, Das Einmachen.
Kollatz, Die Telegraphentechnik, ihre Grundlagen, Geräte und Schaltungen mit 151 Abbildungen.
Schäfer, Der Niederrhein und das berg. Land.
Dr. Graetz, Die Physik mit 395 Abbildungen.
Dr. Baumgarten, Kräuterbuch 122 Heilpflanzen und deren Wirkung.
Prof. v. Hanffstengel, Die Reklame des Maschinenbaues.
Riko, Handbuch zur Ausübung des Magnetismus, Hypnotismus, der Suggestion.
Blank, Der schöne Männe. Tennisroman.
Jacques, Die heilige Lant. Roman.
Franck, Die Burgen der hessischen Bergstraße.
Gebbert, Ist die Welt absolut oder relativ.
Courths-Mahler, Durch Leid zum Glück.
v. Ponhuys, Die geschiedene Frau. Roman.
Meinhard, Der selige Narr. Roman.
Alfonsus, Die Bienenweide, ihre Vermehrung und Ausnutzung.
Lang, Theorie und Pflanzenzüchtung.
Poenicke, Die Fruchtbarkeit der Obstbäume.
Zander, Die Brutkrankheiten.
Zander, Die Zucht der Biene.
Heuss-Kapp, Bürgerkunde und Volkswirtschaftslehre für Frauen.

Kaufe laufend: [8403

Wicken, Seradella, Lupinen, Inkarnatklee

und bitte um bemusterte Offerten.

Franciszek George, Produkta rolne,
Poznań, Plac Sapieżyński 4.
Telephon 1174. Telegr.-Adresse: Efgeorge,

Verkauf von Grundbesitz,

wie: **Güter, Bauernwirtschaften, Wohn- und Geschäftshäusern, Villen, Landhäuser mit Nutzgarten, industrielle Unternehmungen** usw. ohne Vorschuß, streng reell, diskret und schnell.

Carl Stoll, Berlin SW. 61, Tempelhofer Ufer 3a.
Drahtanschrift: Walzstoll, Berlin. [8260

Wir empfehlen zur Anschaffung und sofortigen Lieferung das Werk

A. Warschauer

Geschichte der Stadt Gnesen,

488 Seiten stark, Gr. Oktav-Format, in Antiqua-Druck, mit Facsimile und Stadtplan,
Preis pro Stück Mk. 20 000, nach auswärts unter Einschreiben und Streifband gegen vorherige Ueberweisung des Betrages auf Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań, einschl. Portogebühren u. Verpackung in Höhe von M. **22 000.**

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.
Abt.: Versandbuchhandlung.

Arbeitsmarkt

Jurist gesucht

als Leiter der Rechtsabteilung und Syndikus einer größ. deutschen Organisation in Posen. Kenntnis der polnischen Sprache erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Bewerbungen mit kurzem Lebenslauf und Gehaltsansprüchen unter **8279** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Suche zum 1. Oktober unverh., evang., polnisch sprechenden Beamten,

der imstande ist, meine intensive Wirtschaft nach meinen Dispositionen zu leiten. Gehalt bei freier Station exkl. Wäsche und Betten monatlich 8 Ztr. Roggen. Vorerst schriftliche Bewerbung erbeten. [8402

C. Jacobi, Trzcionka, Post Michorzewo.

Für sofort einen

jüngeren Beamten,

der polnischen Sprache in Wort und Schrift mächtig, für mein **1200 Morgen großes Rübengut gesucht.**

Dekonomierat Peschken, Podohowice, pow. Znin.

Für **Dom. Dobiszewko b. Gołańcz** wird zum **1. Oktober ein evang.,** [8347

gebildeter junger Mann als

Assistent gesucht.

Gefl. Meldungen mit Lebenslauf u. Zeugnisabschriften erbittet

Hoppe, Administrator, Grocholin b. Kcynia.

Gesucht wird per sofort ordentlicher, durchgebildeter Diener

für Schloßhaushalt. Zeugnisse nebst Bild und Gehaltsansprüchen werden an das 8348]

Fürstliche Rentamt in Jarocin erbeten.

Suche zum baldigen Antritt eine evangelische

Stütze der Hausfrau

mit Familienanschluß für eine **Landwirtschaft.** Es kommen nur alleinstehende Damen gesetzten Alters in Frage, denen an einer Lebensstellung gelegen, die umsichtig, bescheiden und im Nähen bewandert sind. Gehalt nach Uebereinkunft. Offerten unt. **B. R. 8393** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Gesucht p. sofort Hausmädchen

perfekt in Wäschebehandlung und Plätten, nur mit erstklassigen Zeugnissen. **Fürstl. Rentamt, Jarocin.** [8395

Suche p. sofort schneidernde Jungfer

nur mit erstklassigen Zeugnissen.
8396] **Fürstl. Rentamt, Jarocin.**

Suche per sofort tüchtige Mamsell.

Zeugnisse und Gehaltsansprüche bitte einsenden an [8394
Frau Domänenpächter Jeß, Wziąchów b. Pogorzela, Kreis Koschmin.

Kompagnon

kann sich melden für ein **Grab- u. Momumentgeschäft.** Es kann auch eine Dame sein. Gefl. Zuschrift. unt. **8390** an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Haustochter vom Lande

für Pfarrhaus in Stadt Posen (ohne Vergütung od. Taschengeld) ges. Meld. an **Druckerei Goldberg Nast., Poznań, AlejeMarcinkowskiego 6.**

Stellengesuche

Friseuse

sucht Monatskunden, auch außer dem Hause. Angebote unter **8391** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ankäufe u. Verkäufe

Metalle

Kupfer, Rotguß, Messing, Zink, Blei 2c. kaufen ein und zahlen die höchst. Tagespreise.

J. Dziabaszewski i Ska.,
Maschinenfabrik.
Poznań, Przemysłowa 35.

Gut erhaltenen

Joumper

zu kaufen gesucht. Gefl. Off. unter **8398** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Rote und schwarze

Johannisbeeren, Himbeeren, Erdbeeren, Aepfel, Sauerkirschen, (693

kaufen während der Saison in größeren Mengen

Domagalski i Ska., Fruchtsaftpresserei,
Poznań, św. Marcin 34.

Deutsches Fräulein

(Büroangestellte)
sucht **Herrenbekanntschaft zwecks evtl. Heirat.** Angebote unt. **8389** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Frl. H. v. N.

z. Z. **Poznań** (8370
wird um weiteres gebeten.

Grundstück,

12 Morg. mit Haus u. Inv., davon 3 Morg. Wiese, in der Militscher Gegend sofort zu **vertauschen.** Ang. an **Gajowski, Ruda (Śląsk) ul. 3. Maja 28.** (8401

Andacht in den Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A
Wolnica.

Freitag, 3. August, abends 7½ Uhr.
Sonnabend, morgens 7 Uhr, vorm. 10 Uhr, nachm. 4½ Uhr Mincha.
Sabbatausgang abends 8 U. 33 Min.

Werktags-Andacht.
Morgens 6¾ Uhr und abends 7½ Uhr.
Donnerstag abend Jomkippur-Koton.

Synagoge B
(Israel. Brüdergemeinde),
Ulica Dominikańska.

Freitag, 3. August, abends 7¼ Uhr.
Sonnabend, den 4. August vorm. 10 Uhr.



Selbst. Kaufmann sucht sof. oder 15. August gut

möbl. Zimmer.

Off. u. **8374** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten